

Leserbrief an die BNN

Die Badischen Neuesten Nachrichten hatten noch vor der Bundestagswahl über das Thema „Mindestlohn“ berichtet ("Millionen verdienen unter zwölf Euro", 22.9.21) und die Nachricht höchst kritikwürdig kommentiert (Ablehnung der Erhöhung von Mindestlohn). Einen Leserbrief dazu haben sie nicht veröffentlicht. Grund: "Wir werden diesen nicht mehr veröffentlichen, da der zeitliche Abstand zum erschienen Artikel bereits zu groß ist."

Die Begründung ist fadenscheinig, denn der Brief war noch am selben Tag (vor der Wahl) bei den BNN; außerdem ist das Thema Niedriglohn und Altersarmut bekanntlich keineswegs eine Eintagsfliege. Hier der Text:

Armutszeugnis

Ein Land mit dem "besten Niedriglohnsektor" in Europa sollte sich über wachsende Armut im Alter nicht wundern: Sie nimmt in der Tat erschreckende und empörende Ausmaße an. In den letzten 18 Jahren ist die Zahl der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter (früher "Sozialhilfe") angewiesen sind, um 110 Prozent gestiegen. Mittlerweile leben über 20 Prozent der Rentnerinnen und Rentner - überwiegend Frauen - unter der Armutsschwelle.

Reicht wenigstens der Mindestlohn zum würdigen Leben im Alter? Er beträgt gegenwärtig 9,60 Euro. Eine Frau, die ihr ganzes Erwerbsleben zu diesem Stundenlohn arbeitet, bräuchte 55 Beitragsjahre, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen. Wenn sie aber `nur` 45 Jahre durchhält, müsste der Mindestlohn schon 16,15 Euro betragen, um auf den Sozialhilfesatz zu kommen. Wer arbeitet 45 Jahre voll und ohne Unterbrechung? Die durchschnittliche Beitragszeit der Beschäftigten liegt bei 39 Jahren. Wachsende Altersarmut ist also unter gegenwärtigen Bedingungen nichts Überraschendes, sondern das Ergebnis der Politik der verschiedenen Regierungskoalitionen der letzten 20 Jahre.

So weit die Zahlen - und die Menschen? Versetzen wir uns in die Lage, in die Stimmung der Zehn Millionen Frauen und Männer - 26 Prozent aller Beschäftigten -, die mit einem Bruttolohn unter zwölf Euro pro Stunde auskommen müssen. Sie erleben, dass sie sich mit ihrem Einkommen im Alltag sehr einschränken müssen. Und sie wissen, dass sie nach ihrem Berufsleben arm und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Das erzeugt Angst und Resignation; es macht krank. Sie haben das Gefühl, dass ihre Arbeit nicht gewürdigt wird, dass sie von der Regierung nicht als gleichwertige Menschen respektiert, vielmehr ungerecht behandelt werden.

Sie verlieren also jedes Vertrauen in den Staat; die Wertbegriffe `sozialer Rechtsstaat`, `Demokratie` oder Grund- und Menschenrechte werden zu Worthülsen ohne Bedeutung. Warum sollen sie wählen gehen, wenn sie über die Jahre erlebt haben, dass ihr Stimmzettel an den ungerechten Verhältnissen nichts ändert?

Armut in einem reichen Land zehrt seelisch aus, zumal die Betroffenen nichts an den Verhältnissen zu ändern vermögen. Sie brauchen eine echte Perspektive von materieller Sicherheit, persönlicher Anerkennung und die Gewissheit, nicht vor Wahlen mit leeren Versprechungen abgespeist zu werden. Statt einer Schuldenbremse benötigen sie eine Armutsbremse im Grundgesetz und eine Politik, die die Menschenrechte auf Gesundheit und Wohnen für alle, also auch für sie garantiert. Vor allem warten sie auf Verwirklichung des Grundrechts: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Georg Rammer, 27.09.2021